nicht unzumutbar beeinträchtigt wird. Dies gilt jedoch nur für rechtmäßige Maßnahmen nach dem BNatSchG. Eine Pflicht zur Duldung auch rechtswidriger Maßnahmen statuiert § 65 Abs. 1 BNatSchG nicht – eine solche Pflicht wäre mit dem Rechtsstaatsprinzip auch nicht zu vereinbaren. Angesichts der dargestellten Baurechtswidrigkeit der vorliegend in Rede stehenden Kompensationsmaßnahmen scheidet daher eine Duldungspflicht nach § 65 Abs. 1 BNatSchG aus.

...

DOI: 10.1007/s10357-013-2490-6

Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes

BNatSchG §§ 14, 15, 17

Die Naturschutzbehörde ist berechtigt, einem Pächter einer landwirtschaftlich genutzten Fläche aufzugeben, diese Nutzung einzustellen und den ursprünglichen Zustand dieser Fläche wie vor der ackerbaulichen Nutzung durch Anpflanzung von Feldgehölz wieder herzustellen, wenn der Pächter für die Umwidmung keine Genehmigung hatte. Dies gilt jedenfalls dann, wenn aufgrund der naturschutzrechtlichen Bedeutung des Biotopbestandes gerade an diesem Ort und dieser Stelle kein Ausgleich an anderer Stelle in Betracht kommt.

VG Mainz, Urteil vom 14. 2. 2013 – 1 K 874/12.MZ –

Der Kläger wendet sich gegen eine naturschutzrechtliche Anordnung zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands nach der Beseitigung von Gehölzen.

Aus den Gründen:

Die zulässige Klage ist unbegründet.

Der Bescheid vom 18.3.2011 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 22.5.2012 ist rechtmäßig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten, weshalb ein Aufhebungsanspruch nicht besteht (§ 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO).

Rechtsgrundlage für die angegriffene naturschutzrechtliche Anordnung ist § 17 Abs. 8 Satz 2 Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG –. Danach soll die zuständige Behörde bei Vorliegen eines ohne die erforderliche Zulassung vorgenommenen Eingriffs in Natur und Landschaft im Sinne von § 14 Abs. 1 BNatSchG die weitere Durchführung des Eingriffs untersagen (Satz 1) sowie dann, wenn nicht auf andere Weise ein rechtmäßiger Zustand hergestellt werden kann, entweder (Ausgleichs- oder Ersatz-) Maßnahmen nach § 15 BNatSchG oder die Wiederherstellung des früheren Zustands anordnen (Satz 2). Letzteres ist durch die mit Bescheid vom 18.3.2011 erfolgte Anordnung der Wiederherstellung des früheren Zustandes in nicht zu beanstandender Weise geschehen.

Keinem Zweifel unterliegt zunächst, dass die vom Kläger vorgenommene Beseitigung von Gehölzbeständen auf der von ihm in der Gemarkung G.-A. gepachteten Parzelle XXX/Y (Flur X) sowie die nachfolgende Nutzung der Fläche zu Zwecken des Ackerbaus den Eingriffsbegriff des § 14 Abs. 1 BNatSchG erfüllt. Die durchgeführte Rodung und die nachfolgende Änderung der Art der Bodennutzung stellt darüber hinaus auch einen Verstoß gegen das Verbot des § 4 Abs. 1 Nr. 16 der nach wie vor gültigen (vgl. § 53 Abs. 2 LNatSchG vom 28.9.2005, GVBl. Seite 387) Rechtsverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Rheinhesisches Rheingebiet“ vom 17.3.1977 (StAnz, Seite 227) dar.

Wegen der weiteren Begründung kann zur Vermeidung von Wiederholungen auf die zutreffenden Ausführun-

gen und Feststellungen des Beklagten im Widerspruchsbescheid vom 22.5.2012 Bezug genommen werden, die sich die Kammer nach eingehender Sach- und Rechtsprüfung zu Eigen macht (§ 117 Abs. 5 VwGO). Es bestehen aufgrund der vorliegenden Luftbilder und des Fotos, die den Bewuchs auf der fraglichen Parzelle vor der vollständigen Rodung zeigen, insbesondere keine Zweifel daran, dass es sich bei dem beseitigten Aufwuchs um Feldgehölze gehandelt hat. Dies ergibt sich im Übrigen auch aus der Aufnahme in die Biotopkartierung des Landes Rheinland-Pfalz als „Kleingehölz“.

Der Kläger kann sich demgegenüber nicht auf die sog. „Landwirtschaftsklausel“ des § 14 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG berufen. Danach ist die land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Bodennutzung nicht als Eingriff anzusehen, soweit dabei die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege berücksichtigt werden. Damit soll die „tägliche Wirtschaftsweise“ des Landwirts von naturschutzrechtlichen Anordnungen freigestellt werden. Dem entspricht die Beseitigung eines Gehölzbestandes zur erstmaligen Aufnahme einer Ackernutzung – wie hier – jedoch nicht. Denn die Privilegierung einer ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Nutzung erfasst nur eine bereits bestehende Bodennutzung, ermöglicht aber weder ihre erstmalig Aufnahme noch einen Wechsel in der Nutzungsart eines Grundstücks (BVerwG, Urt. v. 14.4.1988 – 4 B 55/88, juris, Rdnr. 4; VGH Kassel, Beschl. vom 6.9.1991 – 3 TH 1077/91, juris, Rdnr. 12; VG Schleswig, Beschl. v. 22.12.2006 – 1 B 34/06, juris, Rdnr. 14f.).

Es können auch nicht auf andere Weise rechtmäßige Zustände im Sinne des § 17 Abs. 8 Satz 2 BNatSchG hergestellt werden. Der Eingriff in Natur und Landschaft ist nicht genehmigungsfähig. Eine Genehmigung ist nach § 17 Abs. 3 Satz 3 BNatSchG zu erteilen, wenn die Anforderungen des § 15 BNatSchG erfüllt sind. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Beeinträchtigung durch Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes ausgeglichen oder ersetzt werden kann. Insoweit durfte der Beklagte ermessensfehlerfrei davon ausgehen, dass wegen der naturschutzrechtlichen Bedeutung des geschützten Biotopbestandes gerade an Ort und Stelle ein den Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes genügender Ausgleich an anderer Stelle nicht möglich ist. Die fragliche Parzelle gehört, wie auch ihre Aufnahme in die Biotopkartierung als „Kleingehölz“ verdeutlicht, zu einem besonders schützenswerten Bereich. Sie ist Teil eines vernetzten Biotopsystems und – wie bereits im Widerspruchsbescheid ausgeführt – als Feldgehölzbestand in dem intensiv landwirtschaftlich genutzten und waldarmen Bereich als Lebensgrundlage und Rückzugsgebiet für Tiere und Pflanzen von besonderer Bedeutung. Dies hat der Vertreter der Beklagten in der mündlichen Verhandlung nochmals eingehend und nachvollziehbar dargelegt, wobei er insbesondere hervorgehoben hat, dass wegen der Angewiesenheit auf die vorhandenen Restbiotope gerade im vorliegenden Fall ein Ausgleich auf einem anderen Grundstück nicht möglich ist. Es begegnet damit keinen rechtlichen Bedenken, den Belangen des Naturschutzes den Vorrang gegenüber den wirtschaftlichen Interessen des Klägers an einer Nutzung seines Grundstücks als Ackerland einzuräumen.

Sind somit rechtmäßige Zustände auf andere Weise nicht herzustellen, konnte der Kläger zur Wiederherstellung des früheren Zustandes nach § 17 Abs. 8 Satz 2 BNatSchG verpflichtet werden. Dies ist vorliegend durch die Anordnung der unverzüglichen Einstellung des Ackerbaus, der Anpflanzung der im Einzelnen aufgeführten Feldgehölze sowie die Verpflichtung zu Durchführung verschiedener weiterer Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen in geeigneter und verhältnismäßiger Weise geschehen.

...